

# **H A U S H A L T S R E D E**

zu dem Entwurf des  
Haushaltsplanes 2010

Stadtverordnetenversammlung am 9. November 2009  
Stadt Kassel – Der Magistrat

Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

money makes the world go round.

Die vergangenen 18 Monate waren für einen Volkswirt mehr als spannend. Als Stadtkämmerer hätte ich diesen dramatischen Umbruch und Einbruch nicht gebraucht. Wir erleben oder haben hinter uns – niemand kann dies mit verlässlicher Sicherheit sagen – den tiefsten ökonomischen Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise. Einen Rückgang des Bruttoinlandprodukts um 5 bis 6 Prozent hat die Bundesrepublik noch nie erlebt; in den früheren Konjunkturkrisen fiel die Wachstumsrate nie unter minus Eins. Das besondere dieses Konjunkturreinbruches war die Schnelligkeit und der damit verbundene Überraschungseffekt, die Tiefe und die globale Gleichzeitigkeit. Die Dimension dieser Krise kann nur noch mit der Weltwirtschaftskrise verglichen werden. Die politischen Folgen der Weltwirtschaftskrise kennen wir.

Und es hätte noch schlimmer kommen können. Nach der Lehmann-Pleite stand das internationale Finanzsystem am Rande des Zusammenbruchs. In diesen Tagen ist auch ein Grundglaube deutscher (Kommunal-) Politik zerstoßen: „Geld gibt es auf der Bank“.

Politik wird sich in Zukunft sehr praktisch fragen müssen: gibt uns jemand für unsere Beschlüsse das notwendige Geld? Kein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und keine Genehmigung der Kommunalaufsicht beschafft Geld. Ohne den finanzierenden Bankensektor sind alle Beschlüsse Schall und Rauch. Im Herbst des vergangenen Jahres war die Beschaffung von **Liquidität** ein reales Problem. Wir haben dies als Stadt Kassel täglich sehr intensiv beobachtet und versucht, Rettungsstrategien aufzubauen, waren aber letztendlich nicht unmittelbar betroffen, weil wir zum Glück Schulden zurückführen konnten und kein fresh money benötigten.

Angesichts dieser extremen Herausforderungen war es eine herausragende Leistung nationaler Politik und globaler Koordination, den finalen Zusammenbruch des internationalen Finanzwesens verhindert zu haben.

Nicht verhindert werden konnte das Überspringen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft. Global ging die Produktion mit ungekannter Geschwindigkeit zurück. Weil alle Weltregionen und gewichtigen Partner der Weltwirtschaft gleichzeitig in den Abwärtsstrudel gerissen wurden, bestand das dramatische Risiko einer sich selbst verstärkenden weltweiten Krise, von der Deutschland als führende Exportnation extrem betroffen wäre. Nur dem konzertierten Handeln aller Handlungspartner mit bisher unvorstellbaren Konjunkturprogrammen ist es zu verdanken, dass dieser Prozess gestoppt wurde und wir jetzt vielleicht sogar eine erste Erholung sehen.

In Deutschland, aber auch in Kassel kommt etwas hinzu: Die fetten Jahre, die hinter uns liegen, haben einen **irrealen Wachstumsglauben** befördert. Die Weltwirtschaftskrise verdeckt insoweit das Problem der Anspruchsexplosion der guten Jahre. Insbesondere auf Bundes-, aber auch auf Landesebene und selbst in der Stadt Kassel wurden Leistungsversprechen gegeben, die jetzt eingelöst werden sollen, ohne dass es auch nur im Ansatz eine Finanzierungsgrundlage gibt. Diese Ansprüche hätten wir gesamtwirtschaftlich nur befriedigen können, wenn die Wirtschaft sich auch in den kommenden Jahren so gut entwickelt hätte wie in den beiden letzten Jahren. Das war aber ebenso unrealistisch wie der Glaube, dass

unsere Steuereinnahmen Jahr für Jahr mit gut 10 % ansteigen. Auch ohne die Krise hätten wir den Haushalt bei konstanten Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen bei weitem nicht ausgleichen können, weil Ansprüche und Aufwand kontinuierlich steigen.

Jetzt kommt beides zusammen: die wachsenden absoluten Ansprüche an das Sozialprodukt und eine deutlich geschrumpfte Wirtschaftsleistung.

Ein derartiger Zusammenbruch der wirtschaftlichen Leistung muss sich auf der Finanzierungsseite der öffentlichen Haushalte dramatisch widerspiegeln. Die gesamten Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften gingen von 561,1 Mrd. € in 2008 auf 524,1 Mrd. € in 2009 zurück; für 2010 wurde in 2008 ein Wert von 595,2 Mrd. € geschätzt, jetzt liegt die Erwartung bei 511,54 Mrd. €. Selbstverständlich gilt dies auch für die Stadt Kassel, die einen nicht unbedeutenden Besatz mit exportabhängigen Betrieben aufweist. Dennoch ist Kassel zur Zeit nicht überproportional betroffen, weil der Bankensektor hier nur eine untergeordnete Rolle spielt und starke Unternehmen der Stadt nur unterdurchschnittlich konjunkturabhängig reagieren.

Diese Krise schlägt tiefe Spuren in den Haushalt der Stadt Kassel. Wir werden Jahre benötigen, uns von diesem Schlag zu erholen. Dabei waren wir auf dem richtigen Weg und haben im besten Sinne antizyklisch in den sehr guten Jahren 2007 und 2008 rund 116 Mio. € Schulden abgebaut. Für das Jahr 2009 wird es uns schwer fallen, ohne neue Schulden auszukommen. Sofern wir den Vorjahresstand nur geringfügig überschreiten, wäre das angesichts der Ausgangslage ein riesiger Erfolg. In 2010 werden wir nicht ohne neue Schulden zur Finanzierung des laufenden Geschäftes auskommen. Ein ausgeglichener Ergebnishaushalt ist bei dieser Ausgangslage völlig unrealistisch.

Sehen wir uns zuerst die Steuern und Schlüsselzuweisungen auf der Ertragsseite an:

Konjunkturabhängig reagieren die Einkommensteuer und die Gewerbesteuer. Für das Jahr 2009 erwarten wir **Einkommensteueranteile** von ca. 61,0 Mio. € gegenüber 65,6 Mio. € in 2008 (veranschlagt waren in 2009 noch 65,0 Mio. €). Für 2010 haben wir nach den Orientierungsdaten des Landes 58,0 Mio. € eingestellt. Die tatsächliche Entwicklung wird entscheidend davon beeinflusst, ob am Arbeitsmarkt produktionsbedingt eine Stabilisierung eintritt oder ob Kurzarbeit in wachsendem Maße in Arbeitsplatzabbau und Arbeitslosigkeit mündet. Der massive Aufbau von Kurzarbeit hat in den vergangenen Monaten ganz wesentlich zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beigetragen und mit den damit verbundenen Einkommenseffekten auch zur konjunkturellen Bodenbildung. Belastend dürfte sich weiterhin die Entwicklung der gewinnabhängigen Einkommensteuerelemente auswirken. Die kommunalen Einkommensteueranteile enthalten auch einen Anteil an der Abgeltungssteuer, die angesichts der Gewinnkompression ebenfalls besonders rückläufig ist. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass die Gemeinden nicht die tatsächlich bei ihnen entstandenen Einkommensteueranteile erhalten, sondern nur einen alle drei Jahre spitz Neuberechneten quotalen Anteil am Einkommensteueraufkommen des Landes. Die lokalen Veränderungen - zum Beispiel bei der Beschäftigung - spiegeln diese Quoten nicht wider.

Extrem konjunkturabhängig ist die **Gewerbsteuer**, die in den vergangenen Jahrzehnten Stück für Stück ihrer stabilisierenden Elemente beraubt wurde. Die Lohnsummensteuer und die Gewerkekapitalsteuer haben früher das Aufkommen der Gewerbesteuer sowohl im konjunkturellen Aufschwung als auch in der Krise stabilisiert. Nach unzähligen Reformen, die letztendlich in der Summe eine Aushöhlung waren, trägt die wichtigste kommunale Ertragsquelle nun den entscheidenden Nachteil, dass sie auf konjunkturelle Änderung extrem reagiert. Dennoch ist die Gewerbesteuer aus vielen Gründen als kommunale Steuerquelle unverzichtbar. Deshalb darf sie nicht weiter ausgehöhlt, sondern muss durch stabilisierende Elemente gestärkt werden.

Der Orientierungserlass der hessischen Landesregierung geht von einer Steigerung der Gewerbesteuer um 7,5% gegenüber 2009 aus. Dies halte ich selbst als gesamthessische Prognose für extrem optimistisch. In Kassel sehen wir keinen Anstieg der Gewerbesteuer gegenüber 2009. Wir haben daher den in 2009 voraussichtlichen Gewerbesteuerertrag von 120 Mio. € in gleicher Höhe für 2010 fortgeschrieben (veranschlagt waren noch 130,0 Mio. €). Wenn es besser kommt, dürfen wir uns freuen. Diese Verbesserung schon jetzt einzuplanen, möchte ich nicht verantworten. Alle Erfahrungen zeigen, dass die Gewerbesteuer im Abschwung relativ schnell reagiert, aber dem konjunkturellen Aufschwung nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung folgt. Auch scheint mir die Steigerungsrate von 7,5 % bei einem Wachstum des Bruttoinlandproduktes von 1 % sehr hoch.

Selbst heute Anfang November birgt die Schätzung von 120 Mio. € für das Gesamtjahr 2009 noch hohe Risiken. Wir haben in diesem Jahr erlebt, dass innerhalb von 24 Stunden das Gewerbesteuersoll zunächst um über 13 Mio. € reduziert und dann wieder um annähernd den gleichen Betrag erhöht wurde.

Sicher ist dagegen, dass sich Bund und Länder bei der **Gewerbsteuerumlage** wiederum kräftig bedienen. So wird der Gesamtvervielfältiger von 66 Punkten um 4 auf nun 70 Punkte erhöht, drei Punkte davon für angebliche strukturelle Verbesserungen der Gewerbesteuer im Rahmen der Unternehmenssteuerreform.

Besonders dramatisch stellt sich die Entwicklung der **Schlüsselzuweisungen** dar. Nach den Zahlen des hessischen Finanzministerium müssen wir von einem Ertragsausfall von 35 Mio. € ausgehen - einem Rückgang von 111,5 Mio. € in 2009 auf rund 76 Mio. € in 2010 -, den wir nicht kompensieren können, selbst wenn wir sämtliche Kulturaufwendungen einschließlich Staatstheater auf Null zurückfahren würden.

Dieser gravierende Rückgang resultiert aus dem Steuereinbruch des Landes Hessen bei nahezu unveränderter Fortführung der zweckgebundenen Zuweisungen. Dieses Verfahren führt unweigerlich dazu, dass der Rückgang der Steuerverbundmasse sich fast ausschließlich in den freien Schlüsselzuweisungen widerspiegelt. Das heißt aber auch, dass die ausgleichenden Wirkungen des kommunalen Finanzausgleichs deutlich reduziert werden. Die Stadt Eschborn, die mit Steuereinnahmen mehr als gesegnet ist, erhält weiterhin zwar nur die Mindestzuweisungen bei den freien Schlüsselzuweisungen, aber fast unreduziert die speziellen zweckgebundenen Zuweisungen, obwohl diese und andere abundante Gemeinden ihre Aufgaben durchaus aus eigenen Steuerquellen finanzieren könnten. Dagegen müssen die strukturschwachen Städte Offenbach und Kassel bluten.

Der voraussichtliche Einbruch in 2010 resultiert noch nicht auf wesentlichen strukturellen Effekten zwischen den kreisfreien Städten. Frankfurt ist für das Jahr 2010 noch abundant. Aufgrund der Steuerkraftentwicklung im zweiten Halbjahr 2009 dürfte Frankfurt diese Abundanz für 2011 allerdings verlieren. Damit drohen der Stadt Kassel weitere Ausfälle zwischen 20 und 30 Mio. €, wenn nicht zuvor die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs greift.

Allerdings muss eine vernünftige Reform insbesondere die strukturell schwachen Gebietskörperschaften stärken und sie in die Lage versetzen, ihre Pflichtaufgaben – und ein minimales Programm freiwilliger Leistungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung – auch in schwächeren konjunkturellen Phasen zu erfüllen. Gleichzeitig bleibt es bei der Forderung des hessischen Städtetages, alle Sonderzuweisungen so weit wie möglich zurückzufahren, um die ausgleichenden Effekte des kommunalen Finanzausgleiches zu verstärken.

Katastrophal wäre die **Kürzung der Finanzausgleichsmasse um 400 Mio. €**, wie es die hessische Landesregierung für 2011 offensichtlich weiterhin plant. Von diesem Schlag würden sich die strukturschwachen Städte, aber auch viele nord- und mittelhessische Landkreise über Jahrzehnte nicht erholen können. Es besteht sogar das Risiko, dass die strukturschwachen Städte notgedrungen neue Schuldenberge anhäufen müssten und aus der Schuldenfalle über die erstickenden Zinslasten nicht wieder herauskämen. Völlig entbehrlich sind unter diesen Umständen auch heroische Auflagen und Forderungen zur Haushaltskonsolidierung. Massiver Mittelentzug und gleichzeitige Aufgabenüberwälzung sind mit Haushaltskonsolidierung unvereinbar. Wenn die Landesregierung ernsthaft das Ziel der Konsolidierung der Kommunalhaushalte verfolgt, darf sie die Kommunen nicht ausbluten und mit zusätzlichen Aufgaben überhäufen, sondern muss sie finanziell aufgabenadäquat ausstatten. Alle Untersuchungen des Hessischen Rechnungshofes im Rahmen der überörtlichen Prüfung haben eindrucksvoll belegt, dass gerade die extrem finanzschwachen Städte Kassel und Offenbach besonders sparsam und effizient ihre Aufgaben erfüllen und sich keinen Luxus leisten.

Fasst man die drei Ertragsquellen Einkommensteueranteile, Gewerbesteuer und Schlüsselzuweisungen zusammen, verliert die Stadt Kassel im Jahr 2010 gegenüber dem Rechnungsergebnis 2008 rund 59,7 Mio. € und gegenüber dem **Haushaltsansatz 2009** rund 52,5 Mio. €. Erkennbar ist aber bereits jetzt eine Verschlechterung in 2009 gegenüber dem Ansatz 2009 von über 15,0 Mio. €.

Damit sind die strukturellen Wirkungen der Weltwirtschaftskrise schon hinreichend beschrieben.

Hinzu kommen allerdings noch die Effekte auf der **Aufwandsseite**. Sehr klar und direkt sind die Effekte auf den Aufwand für Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, besser bekannt als **Hartz IV**. Zum Glück hat die Arbeitsmarktpolitik über das Instrument der Kurzarbeit den Anstieg der Arbeitslosigkeit in engen Grenzen gehalten.

In Kassel ist es uns bisher gelungen, die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Arbeitslosengeld II sogar gegenüber dem Vorjahr zu verringern und stabil zu halten. Unsere Werte liegen weiterhin besser als der Bundesdurchschnitt. Es ist allerdings zu befürchten, dass in zunehmendem Maße Kurzarbeit in Arbeitslosigkeit mündet

und auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen wieder ansteigt. Wir haben den geplanten Aufwand für die kommunalen SGB II-Leistungen äußerst vorsichtig um 2,5 Mio. € erhöht.

Nicht berücksichtigt haben wir bisher mögliche Folgen der Rechtsprechung zur Übernahme der Unterkunftskosten. Dieser zusätzliche Aufwand wird sich hauptsächlich bei den Personalkosten niederschlagen, weil wir die deutlich aufwändigere Fallbearbeitung nur mit zusätzlichem Personal bewältigen können. Diese Neuregelung wird für viele Bezieher von SGB-II-Leistungen zu deutlichen Verschlechterungen führen, weil wir nur noch die tatsächlichen Unterkunftskosten übernehmen, sofern sie angemessen sind. Bis zur derzeit gültigen pauschalierten Mietobergrenze werden wir von der Angemessenheit der Kosten ausgehen und bei darüber hinausgehenden Mietkosten in eine sehr intensive Einzelfallprüfung einsteigen müssen. Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Bestrebungen einiger Länder zur Begrenzung der Klagen vor den Sozialgerichten, indem die vielen unbestimmten Rechtsbegriffe des SGB II durch einfache und sicher zu administrierende Regelungen ersetzt werden. Der einfachste Weg wäre die Übernahme der Pauschalierungsermächtigung aus der Sozialhilfe. Dies hätte nicht nur den Vorteil der weitgehenden Verfahrenssicherheit, sondern würde auch die Gleichbehandlung von Beziehern von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe bewirken. Die Aufnahme dieser Forderung in die Koalitionsvereinbarung begrüße ich deshalb ausdrücklich.

Ebenfalls nicht berücksichtigt haben wir Vorlaufkosten für die Neustrukturierung der SGB II-Leistungen, wenn die neue Bundesregierung nicht über eine Grundgesetzänderung die bisherige gemeinsame Aufgabenwahrnehmung zwischen Bundesagentur für Arbeit und Kommunen sichert. Wenn es tatsächlich zur getrennten Aufgabenwahrnehmung kommt, müssen wir rund 40.000 Akten kopieren, Räume und Personal neu konfigurieren und eine eigene EDV-Lösung erwerben und implementieren.

Belastend wird uns auch die Kürzung des Bundesanteils an den Unterkunftskosten um rund 1,4 Mio. € in 2010, die fachlich und sachlich völlig ungerechtfertigt ist. Im Gegenteil verlangt die aktuelle Krise des Arbeitsmarktes eine Erhöhung des Bundesbeitrages. Der jetzt wirksame Automatismus wurde in der Schönwetterphase konzipiert und wirkt jetzt kontraproduktiv. Die bei Einführung des SGB II versprochene Entlastung der deutschen Kommunen um 2,5 Mrd. € durch die Arbeitsmarktreformen ist in vollem Umfang nie angekommen und wird jetzt weiter zurückgenommen. Wie so häufig sind die Kommunen Spielball höherer Politikebenen und Verlierer sind wiederum die strukturschwachen Städte.

Unabhängig von der Wirtschaftskrise steigt der Aufwand für die Leistungen des **SGB XII** demografisch bedingt – aber auch weil die Leistungen der Pflegeversicherung häufig nicht ausreichen – dem mittelfristigen Trend entsprechend weiter um rund 2 Mio € auf insgesamt 50,3 Mio. € - vorrangig wegen der nicht ausreichenden Leistungen der Pflegeversicherung und der geringen Renten von Bürgern, die in ihrem Leben arbeitslos waren.

Belastend wirkt auch die weitere Erhöhung der Umlage des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) um insgesamt 62,5 Mio. € in Hessen, die auf eine wachsende Zahl behinderter Menschen, den Verbrauch von Rücklagen in den zurückliegenden Jahren und Verschiebungen der Umlagegrundlagen durch die

überproportionalen Steuerrückgänge, insbesondere in Frankfurt, beruhen. Verlässliche Zahlen für Kassel liegen derzeit nicht vor, so dass wir nach einer vorsichtigen Schätzung im Haushaltsplan 2010 von einer Steigerung der Verbandsumlage an den LWV Hessen von rd. 1,0 Mio. € gegenüber dem Ansatz 2009 ausgehen.

Trotz dieser hohen Belastungen werden wir die Menschen in unserer Stadt, die auf Transferleistungen angewiesen sind, weiter unterstützen, intensiv beraten und individuell fördern.

Wir verlangen aber auch primär von den arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern, dass sie sich aktiv um Arbeit bemühen und dazu beitragen, die Leistungen der öffentlichen Hand zu vermindern.

Zur **Jugendpolitik** könnte ich meine Haushaltsreden der Vorjahre wiederholen. Leider steigen nach wie vor die Anzahl der **Erziehungshilfefälle** und damit entsprechend der erforderliche finanzielle Aufwand. Obwohl wir für 2009 die Anmeldungen des Jugendamtes in vollem Umfang in den Haushalt aufgenommen haben, sind wir auch in diesem Jahr nicht sicher, ob die veranschlagten Mittel tatsächlich ausreichen werden. Im Gegensatz zu den Vorjahren verfügen wir in diesem Jahr aber nicht über Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, die wir als Deckung heranziehen könnten. Auch für 2010 gibt es bei weitem keine Entwarnung, sondern das Risiko, dass der Aufwand weiter ansteigt. Dieser weitere Anstieg kann weder in der Bundesrepublik noch in Kassel kurzschlüssig auf eine wachsende Verarmung der Gesellschaft zurückgeführt werden, denn 2007 und 2008 waren außerordentlich gute Jahre und auch in 2009 erleben wir keinen Anstieg der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Rechtsgebiet des SGB II.

Ursächlich könnte dagegen eine wachsende Zahl von erziehungsunfähigen Familien und Teilfamilien sein – obwohl lt. Statistischem Bundesamt in lediglich 15% der neu begonnenen Hilfen als Hauptgrund die eingeschränkte Erziehungskompetenz der Erziehungsberechtigten genannt wird – sowie der gescheiterte Versuch, immer größere Teile des Erziehungsauftrages der Eltern auf den Staat zu verlagern. Offensichtlich gelingt es auch bei immer größeren Anstrengungen und immer höherem Mitteleinsatz nicht, fehlende oder defizitäre Erziehungsleistungen der Eltern zu kompensieren.

An dieser Stelle möchte ich einmal betonen, dass mir durchaus bewusst ist, dass die allergrößte Mehrzahl an Familien ohne staatliche Leistungen in Form von Erziehungshilfen mit ihrem Leben, ihren Sorgen und Problemen umgehen können – auch wenn es sich um allein Erziehende handelt oder Familien, die von Arbeitslosigkeit oder anderen sozialen Problemen betroffen sind. Diesen Familien gebührt Anerkennung und auch sie haben staatliche Unterstützung verdient, z. B. in Form von Kinderbetreuungseinrichtungen. Sorgen bereiten nicht nur mir als Stadtkämmerer jedoch jene, die ihren Alltag nicht allein bewältigen können.

Offensichtlich ist auch, dass Familien mit besonderen Problemen die eher anonymen Großstädte als Fluchtpunkte nutzen. Auch viele Einrichtungen, die selbstverständlich ihren Sitz in der Großstadt haben und auch haben sollen, tragen dazu bei, dass sich Jugendhilfefälle in den Städten konzentrieren. Es ist aus meiner Sicht weitgehend unvermeidbar, dass die größeren Städte auch für ihr Umland diese Funktionen erfüllen, aber die Städte brauchen für diese besonderen Aufgaben auch die

notwendige Finanzausstattung. Daran mangelt es und deshalb zehrt der für Erziehungshilfen notwendige Aufwand von rd. 38 Mio. € inzwischen auch über 65% unserer Einkommensteueranteile auf. Somit kosten die Erziehungshilfen mit jährlich steigenden und derzeit rund 1.400 Fällen mehr als alle Kinderbetreuungseinrichtungen, sie kosten mehr als die Kultur einschließlich Staatstheater.

Die 1.400 Fälle teilen sich in 40% stationäre = 560 Fälle und 60% ambulante = 840 Fälle auf. Von den Gesamtkosten der Erziehungshilfe entfallen allerdings 54% des Aufwandes auf die 40% der Fälle, nämlich die in stationärer Unterbringung. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Trend der steigenden Fallzahlen umzudrehen oder zumindest zu stoppen, werden wir die Probleme der städtischen Finanzen nicht nur in Kassel nicht mehr lösen.

Auch der Aufwand für Kinderbetreuung wächst weiter zügig. Neue Plätze für Unter-drei-jährige und Hortkinder, zusätzliche Plätze, die aufgrund kleinerer Gruppengrößen benötigt werden und gleichzeitige – sicherlich notwendige – Qualitätsverbesserung belasten den Haushalt 2010 gegenüber 2008 mit insgesamt 3,2 Mio. €. Der Gesamtaufwand für Kinderbetreuung wird in 2010 netto rund 19,0 Mio. € betragen.

Die Bundespolitik hat den Kommunen extrem ehrgeizige Ziele vorgegeben. In einer strukturell eher finanzschwächeren Stadt wie Kassel wären diese Ziele auch bei stabiler konjunktureller Entwicklung nicht finanzierbar gewesen – es sei denn, man unterstellt dauerhaft ein völlig unrealistisches Steuerwachstum wie 2007 und 2008 -, ohne erneut Schulden aufzubauen. Dies ist das Grunddilemma bundesdeutscher Politik: alle reden von Konsolidierung, für Bund und Länder kommen Schuldengrenzen ins Grundgesetz – für die kommunale Ebene gilt diese Schuldengrenze schon lange – und gleichzeitig wird jede Phase wirtschaftlicher Prosperität genutzt, um neue Erwartungen und Ansprüche zu generieren. Dies kann und wird nicht gut gehen. Für Kassel haben wir uns deshalb nach nicht immer einfachen Verhandlungen im Dezernentenkreis darauf verständigt, in 2010 nur vergleichsweise kleine Schritte zur weiteren Verbesserung der Versorgungssituation zu leisten. Auch dies wird nur über neue kurzfristige Schulden zu finanzieren sein.

Die **Personalausgaben** werden in 2010 kräftig steigen. In 2010 können voraussichtlich nur 2 Stellen abgebaut werden, von denen eine im Rahmen des Konsolidierungsprojektes „Minus-90“ entfällt, gleichzeitig kommen aber insgesamt 64 neue Stellen hinzu, die haftungsrechtlich oder gesetzlich unvermeidbar oder für die Leistungsverbesserung im Kita-Bereich notwendig sind. Außerdem wurden als angenommene Tarif- und Besoldungssteigerung in Höhe von 2% bei den Personalausgaben rd. 2,6 Mio. € zusätzlich berücksichtigt.

Die Krise schlägt auf den Haushalt in vollem Umfang durch. Bei stabilen Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen würden wir zwar auch ein Defizit ausweisen, es wäre aber beherrschbar und würde nicht unweigerlich zu neuen Schulden führen. Unter Berücksichtigung der dramatischen Einschnitte bei den großen Ertragspositionen erreicht das Defizit mit 71,6 Mio. € eine Größenordnung, die wir weder im Haushaltsvollzug ausgleichen noch ohne Nettoneuverschuldung finanzieren können.

Im **Investitionshaushalt** liegt der Schwerpunkt in der Fortsetzung und Ergänzung des Sanierungsprogrammes insbesondere für den Schulbau, aber auch die Feuerwehr. Über 10 Mio. € fließen auch in die Investitionen des Straßenverkehrsamtes, um den Sanierungsstau im Kasseler Straßennetz abzubauen. Neben dem Konjunkturprogramm werden auch weitere Sonderinvestitionen ohne Anrechnung auf den Kreditrahmen realisiert, wie z. B. das Brüder Grimm- Museum und die Vollendung der Sanierung des Auestadions. Die Investitionen für die Sanierung der Bäder und den Neubau des Kombibades am Auedamm wurde aus dem Investitionsprogramm herausgenommen. Die Maßnahme wird wie in der Bäder-Arbeitsgruppe ausführlich erläutert, komplett über den Bädervertrag abgewickelt und über die Städtische Werke AG finanziert. Damit werden auch die Kapitalkosten über den jährlichen Bäderzuschuss abgerechnet. Stadtwirtschaftlich ist dies neutral, aber hinsichtlich der Gesamtkosten auch transparenter. Die über den Kreditrahmen hinausgehenden Sonderinvestitionen werden in den Jahren 2010 und 2011 ihren Höhepunkt erreichen und danach kontinuierlich reduziert. Wir sind uns mit der Kommunalaufsicht einig, dass wir zur Begrenzung des Kapitaldienstes die Investitionen der Stadt mittelfristig zurückführen müssen, ohne Substanzverluste zu generieren und Zukunftsfähigkeit zu verlieren. In der jetzigen Phase ist es aber auch konjunkturpolitisch erwünscht, die kommunalen Bauinvestitionen zu stabilisieren.

Der Investitionshaushalt übersteigt den Kreditrahmen zur Zeit noch um ca. 2 Mio. €. Endgültige Klarheit werden wir erst erhalten, wenn der Landesgesetzgeber seine Entscheidungen über die Höhe der Investitionspauschalen im Kommunalen Finanzausgleich getroffen hat. Gegebenfalls werden wir über eine zeitliche Verschiebung von Investitionen noch im Rahmen einer Veränderungsliste zu entscheiden haben.

In den vergangenen Jahren konnte die Stadt ihre Gesamtverschuldung – ohne Eigenbetriebe – um rund 116 Mio. € zurückführen. Damit haben wir uns vorbildlich verhalten und die guten konjunkturellen Jahre genutzt, um Defizite auszugleichen. Die Weltwirtschaftskrise zwingt uns jetzt zum erneuten Schuldenaufbau. Ziel ist es weiterhin, in 2009 einschließlich Investitionsfinanzierung und Konjunkturprogramm ohne erhebliche neue Schulden auszukommen. Auch dies wäre ein gewaltiger Erfolg. In 2010 kann dies aus zwei Gründen nicht gelingen: Das geplante Defizit übersteigt zum Einen den nicht liquiditätswirksamen Aufwand als Folge der dramatischen Steuerausfälle und des Rückgangs der Schlüsselzuweisungen um über 40 Mio. €. Auch stehen in 2010 erhebliche Beträge aus dem Konjunkturprogramm und aus den Sonderinvestitionen außerhalb des Kreditrahmens zur Finanzierung an. Da die Investitionen des Konjunkturprogrammes überwiegend vom Land getilgt und die Zinsen technisch über den Kommunalen Finanzausgleich abgewickelt werden, werden wir diese Schulden in Zukunft separat ausweisen. Als **stadtwirtschaftliches Ziel** sollten wir uns vornehmen, in den kommenden Jahren keinesfalls mehr neue Schulden – abgesehen vom Konjunkturprogramm – aufzunehmen als wir in den Vorjahren getilgt haben. Anderenfalls droht das Risiko, dass die Verschuldung mittelfristig die Handlungsfähigkeit der Stadt einschnürt, in guten Jahren wegen hoher Kapitaldienstleistungen keine Überschüsse erwirtschaftet werden und in schwierigen Zeiten die Liquiditätsbeschaffung zum Problem wird.

Deshalb müssen wir trotz der extremen Belastungen an der **Konsolidierung** festhalten. Allerdings stehen die Beträge, die die Stadt noch in eigener

Verantwortung einsparen könnte, in keinem vernünftigen Verhältnis zu den riesigen Belastungen, die aus den Verlusten bei Steuer- und Schlüsselzuweisungen entstehen sowie den uns durch Gesetz zusätzlich aufgebürdeten Aufgaben. Diese zur Konsolidierung des Gesamtstaates notwendigen Entscheidungen müssen auf Bundes- und Landesebene getroffen werden.

Die Stadt Kassel hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie eigenverantwortlich den schwierigen Spagat zwischen wachsenden Aufgaben und notwendiger Konsolidierung bewältigen kann. Wir waren und sind auf einem guten Weg. Die Strategie, Wachstum und Beschäftigung zu fördern und die dadurch generierten Mehrerträge zum konsequent antizyklischen Schuldenabbau zu nutzen, war und bleibt richtig. Deshalb werden wir an den großen, strategisch wichtigen Projekten festhalten.

Jetzt gehen wir unverschuldet durch sehr schweres Wetter. Aber die Richtung stimmt. Wir bleiben deshalb auf diesem in den letzten Jahren so erfolgreichen Weg: Konsolidierung konsequent durch Ausgabendisziplin, Effizienz, Verwaltungsmodernisierung und regionale Zusammenarbeit, aber auch mit Augenmaß, um das gesellschaftliche Leben und die Lebensqualität in unserer Stadt zu stärken.

Lassen Sie uns diesen Weg weiter gemeinsam gehen.